

# NEWSINTERNATIONAL

Aktuelle Informationen zu Ländern und Märkten



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: Deutscher Industrie- und Handelskammertag | 11052 Berlin

Besucheranschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030-20308-2309 | Fax 030-20308-52309

Redaktion: Kevin Heidenreich | E-Mail: [heidenreich.kevin@dihk.de](mailto:heidenreich.kevin@dihk.de) | [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

## Blickpunkt

### ■ CETA unterzeichnet

#### Handelsabkommen

(DIHK) Die Europäische Union und Kanada haben am 30. Oktober das Handelsabkommen CETA unterzeichnet. Die eigentlich für den 27. Oktober geplante Unterschrift hatte sich verzögert, da die Regierung der belgischen Region Wallonien sowie zwei weitere Regionalparlamente Belgiens einige Aspekte CETAs und der interpretativen Zusatzklärung als zu unbestimmt empfanden und ihre Zustimmung verweigert hatten. In mehrtägigen Verhandlungen wurden weitere Zusatzdokumente erstellt, die die Unterstützung aller belgischer Regionalparlamente fand. Auch die anderen EU-Mitgliedstaaten stellten sich hinter diese Texte und beschlossen am 28.10. die Unterzeichnung sowie die vorläufige Anwendung des Abkommens ab Februar 2017, sofern auch das Europäische Parlament grünes Licht für CETA gibt. Die Abstimmung dort soll im Dezember oder Januar stattfinden.

### ■ Kein Brexit ohne britisches Parlament

#### EU-Austritt

(DIHK) Die britische Regierung muss die Zustimmung des Parlaments für die geplanten EU-Austrittsverhandlungen mit Brüssel einholen. Das entschied der Londoner High Court am vergangenen Donnerstag. Das Gerichtsurteil kann jedoch noch angefochten werden. So hat Premierministerin May bereits angekündigt, den obersten Gerichtshof, den Supreme Court, anzurufen. Dieser wird in letzter Instanz voraussichtlich im Dezember über die Beteiligung des britischen Parlaments entscheiden.

Ob May, wie geplant, im März den offiziellen Antrag zum Ausstieg aus der Europäischen Union stellen wird, ist nun fraglich. Wie die Beziehungen der Europäischen Union mit dem Vereinigten Königreich nach einem Brexit aussehen werden, ist noch völlig offen.

## Länder/Märkte

### Norwegen

#### ■ Informelles WTO-Treffen

(AHK) Minister aus mehr als 20 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation WTO haben sich auf Einladung des norwegischen Außenministers Børge Brende am 21. und 22. Oktober in Oslo zu einem informellen Austausch getroffen. Zu den Teilnehmern gehörten Vertreter aus Industrie-, Schwellen- und am wenigsten entwickelten Ländern. Außerdem dabei waren die Koordinatoren der Gruppen für Afrika, der am wenigsten entwickelten Länder und der AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik).

Die Liste der Themen war lang. Neben noch ausstehenden Bereichen der 2001 begonnenen Doha-Verhandlungsrunde wurden auch neue Themenfelder angesprochen. WTO-Generaldirektor Azevêdo nannte namentlich die Bereiche Landwirtschaft, inklusive nationaler Unterstützungen, Baumwolle und öffentlicher Lagerhaltung sowie Entwicklung und Maßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder, Fische-reisubventionen, nationale Rechtsvorschriften für Dienstleistungen, Marktzugang für Dienstleistungen, Investitionen, nicht-tarifäre Handelshemmnisse, E-commerce und kleine und mittelständische Unternehmen.

#### ■ Klimakonferenz

### Marrakesch

(DIHK) Besser könnte das Timing nicht sein: Kurz vor der am 07.11.2016 beginnenden Klimakonferenz in Marrakesch ist am 4. November das globale Klima-abkommen offiziell in Kraft getreten. Nur ein Jahr nach dem Durchbruch in Paris haben genügend Länder den Klimavertrag ratifiziert. In Marrakesch haben die 197 Vertragsparteien nun die Gelegenheit, das bisher vage Gerüst und die hehren Ziele in konkrete Schritte und Zeitpläne umzusetzen.

Für den DIHK ist es dabei entscheidend, dass die Qualität der nationalen Klimabeiträge („nationally determined contributions“, NDCs) verbessert und die bislang lediglich freiwilligen Absichtserklärungen verbindlicher werden. Nach wie vor gibt es große Unterschiede bei den Ambitionen, den Schwerpunkten und den Zeithorizonten.

In Brüssel arbeitet man bereits tatkräftig an der Umsetzung der Pariser Beschlüsse. Die Revision der Emissionshandelsrichtlinie ist in Arbeit. Ein Vorschlag der Kommission über die Verteilung von Treibhausgasreduktionen in den Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, liegt auch auf dem Tisch.

Der beste Schutz für europäische Unternehmen wäre eine Globalisierung des Emissionshandels. Die EU-Delegation sollte sich in Marrakesch

deshalb dafür einsetzen, bestehende Handelssysteme zu vernetzen und so die Weichen für einen globalen CO<sub>2</sub>-Preis zu stellen.

## ■ Im Norden geht die Sonne auf

### Finnland

(AHK) Aufgrund des langen und dunklen Winters liegt der Gedanke nicht unbedingt auf der Hand, dass man in Finnland Solarenergie zur Energieerzeugung nutzen kann. Doch die Bedingungen für die Nutzung von Solarenergie in Finnland sind besser als allgemein angenommen: Im Sommer scheint die Sonne meist über 300 Stunden im Monat. Da im Norden des Landes die Sonne zwischen Juni und August nicht untergeht, genießt man dort an klaren Tagen 24 Stunden Sonnenschein, in Südfinnland bis zu 19 Stunden.

Laut des finnischen Wirtschaftsministeriums wird Solarenergie zur Energieerzeugung in Finnland bislang wenig genutzt. Aktuell nutzen erst einige hundert Haushalte in Finnland Solarenergie, doch Experten schätzen, dass die Anzahl von Solarsystemen in den nächsten Jahren auf mehrere Zehntausend steigen kann. Einer der Gründe für das wachsende Interesse sind die stark gesunkenen Preise von Photovoltaik-Aufdachanlagen, ein anderer Faktor die Veränderung in der Einstellung gegenüber Kleinproduzenten von Energie.

Geschäftsreise nach Finnland:

Im Rahmen der Exportinitiative Energie organisiert die Deutsch-Finnische Handelskammer von 15. bis 19. Mai 2017 eine Geschäftsbahnungsreise zum Thema Solarenergie nach Finnland. Das Projekt wird aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) gefördert.

Weitere Informationen: Deutsch-Finnische Handelskammer, Mikaela Jaanti, [mikaela.jaanti@deinternational.fi](mailto:mikaela.jaanti@deinternational.fi), Tel. +358 50 555 5308

## Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

### ■ Abschaffung des Marktwirtschaftsstatus, einheitliche Methodik für Strafzölle

### Handelspolitik

(IHK) Unfaire Handelspraktiken und Dumping von Produkten zum Absatz von Überkapazitäten verzerren den Wettbewerb und bedrohen dadurch Arbeitsplätze in den Importländern. Daher eröffnet die Europäische Kommission Verfahren gegen Länder, die ihre Exporte subventionieren oder unter dem Marktwert verkaufen, mit dem Ziel, den unfairen Preisvorteil durch Strafzölle auszugleichen. Die Welthandelsorganisati-

on (WTO) legt für solche Verfahren Regeln fest, um sicher zu stellen, dass Strafzölle tatsächlich nur bei unfairen Praktiken und nicht aus reinem Protektionismus verhängt werden. Innerhalb dieser Regeln kann jedes WTO-Mitglied seine eigenen Verfahren und Methoden zur Bekämpfung von Dumping und unlauteren Exportsubventionen definieren, was zu erheblichen Unterschieden geführt hat, die sich zum Beispiel auf Dauer und Transparenz der Verfahren, aber auch auf die Höhe der Strafzölle selbst auswirken.

In ihrer am 19.10.2016 veröffentlichten Mitteilung [„Für eine robuste EU-Handelspolitik, die Beschäftigung und Wachstum fördert“](#) appelliert die EU-Kommission vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl von Anti-Dumping-Verfahren an den Rat, die von ihr bereits 2013 vorgeschlagene Reform der sogenannten handelspolitischen Schutzinstrumente zu beschließen – dem Instrumentarium für solche Verfahren. Seit 2014 konnte trotz wiederholter Versuche im Rat keine Einigung über einige in der Reform vorgeschlagenen Elemente erzielt werden.

Darüber hinaus stellt die EU-Kommission eine neue Methodik zur Berechnung der Strafzölle in Aussicht, die aus der Diskussion um eine mögliche Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus an China hervorgegangen ist: Während es bisher verschiedene Berechnungsmethoden für Marktwirtschaften und Nichtmarktwirtschaften gab, soll es nun eine einheitliche Methode geben, unter anderem durch die Berücksichtigung von Kriterien wie der staatlichen Politik und Einflussnahme, der Präsenz staatseigener Betriebe, der Diskriminierung zugunsten heimischer Unternehmen und der Unabhängigkeit des Finanzsektors. Der konkrete Vorschlag soll bis Ende des Jahres vorgelegt werden.

## Veranstaltungen

### ■ **DIHK-Podiumsdiskussion beleuchtet Auswirkungen der Anti-BEPS-Maßnahmen**

#### Steuerpolitik

(DIHK) Die EU-Kommission will es international tätigen Unternehmen erschweren, durch bislang legale Maßnahmen ihre Steuerlast zu senken, z.B. indem sie ihre Gewinne auf mehrere Tätigkeits-Länder verteilen. Wie sehr die deutsche Wirtschaft und insbesondere der deutsche Mittelstand von diesen sogenannten BEPS-Maßnahmen betroffen ist, hatte der DIHK mit einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion am 10. November in Berlin beleuchtet.

Unter Leitung von DIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Wansleben diskutierten Stephen Quest (Generaldirektor Steuern und Zollunion in der EU-Kommission), Martin Kreienbaum (Unterabteilungsleiter Inter-

nationales Steuerrecht und EU-Steuerharmonisierung im Bundesfinanzministerium), Achim Pross (Bereichsleiter Internationale Zusammenarbeit und Steuerverwaltung bei der OECD), Sylvia Kleemann (Bereichsleiterin Steuern der Merck KGaA) sowie Werner Thumbs (Leiter Steuern bei der Profunda Verwaltungs-GmbH/Boehringer Ingelheim) über mögliche Belastungen für deutsche Unternehmen. Der Entwurf der Anti-BEPS-Richtlinie, den die Kommission im Januar 2016 vorgestellt hatte, geht auf einen Vorstoß der G20 zurück und basiert auf dem sogenannten BEPS-Aktionsplan von 2013. Darin hatten G20 und OECD 15 Maßnahmen gelistet, die internationalen Steuersenkungsstrategien den Boden entziehen sollten. Deren konkretes Ziel ist es, Informationsdefizite der Steuerverwaltungen abzubauen, Ausmaß und Ort der Besteuerung stärker an die tatsächliche wirtschaftliche Substanz zu knüpfen, die Kohärenz der einzelnen nationalen Steuersysteme zu erhöhen und als unfair eingestuften Wettbewerb einzudämmen.

Aus Sicht des DIHK wird die Bedeutung der Reform für die vielen Familienunternehmen und insgesamt auch für den Wirtschaftsstandort immer noch unterschätzt. Deshalb soll gerade der mittelständischen Wirtschaft mit der Veranstaltung erneut eine Gelegenheit gegeben werden, sich mit Verantwortlichen des BEPS-Umsetzungsprozesses auszutauschen.

## ■ Tunisia 2020: Internationale Investitionskonferenz

### Investitionsprojekte

(AHK) Nachdem Tunesien einen positiven Weg in Richtung Demokratie eingeschlagen hat, gilt es nun, das wirtschaftliche Wachstum zu dynamisieren. In den Jahren 2010–2015 belief sich das Wirtschaftswachstum auf gerade mal durchschnittlich 1,5 Prozent, ein niedriger Wert für ein Schwellenland wie Tunesien. Der Entwicklungsplan 2016–2020 der tunesischen Regierung soll zu einem jährlichen Wirtschaftswachstum von mehr als 4 Prozent in den kommenden Jahren führen.

Um diesen Entwicklungsplan vorzustellen und Tunesien Investitionsprojekte zu diskutieren, findet am 29. und 30. November in Tunis die internationale Konferenz "Tunisia 2020" zur Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und nachhaltigen Entwicklung Tunesiens statt. Im Rahmen der Konferenz werden die privaten und öffentlichen Investitionsprojekte Tunesiens präsentiert. Rund 1500 internationale und nationale Vertreter der Wirtschaft und der Institutionen werden erwartet.

Datum: 29.u.30.11.2016 Ort: Tunis, Zeit: 8-16:30h

Alle Informationen rund um die Konferenz finden Sie [hier](#):

Die AHK Tunesien organisiert zusammen mit der EMA und dem Afrika-Verein die deutsche Wirtschaftsdelegation zur Konferenz.

Ansprechpartner für Interessierte: f.larbi@akktunis.org

## ■ Internationale Entwicklungen im Bergbau

### Marktchancen

(IHK) Die wirtschaftlichen Kompetenzen in der Lausitz liegen vor allem im Bereich der Rohstoffförderung, des damit verbundenen Anlagenbaus, der Lade- und Transporttechnik, der Automatisierungstechnik sowie diverser weiterer damit verbundener Dienstleistungen und Zulieferungen sowie der Energieerzeugung aus der Braunkohle. Derzeit wird die Zukunft der Lausitz vor dem Hintergrund der Energiewende intensiv diskutiert. Neben der Suche nach Lösungen für die Zeit nach dem Bergbau gilt es jedoch auch, die Potenziale und Geschäftsmöglichkeiten relevanter Zielmärkte im Ausland noch intensiver als bisher auszuloten.

Diskutieren Sie mit den Experten der AHK-Rohstoffkompetenzzentren in Chile, Peru, Brasilien, Australien, Kanada und dem südlichen Afrika über Rahmenbedingungen, aktuelle Projekte und Geschäftsmöglichkeiten auf den internationalen Rohstoffmärkten. Nutzen Sie die Chance, mit Experten aus den genannten Zielmärkten in Kontakt zu treten, um Hintergrundinformationen zu wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für ein Engagement im Bergbausektor der genannten Länder zu erhalten und informieren Sie sich über die Unterstützungsangebote und Leistungen des German Mining Network.

Datum: 06.12.2016 Ort: Cottbus, Zeit: 12-19h

Weitere Informationen zu der Veranstaltung sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie [hier](#):

## ■ Europäische Woche der Berufsbildung vom 6. – 9. Dezember 2016

### Berufliche Bildung

(DIHK) Der DIHK wird mit seiner Nationalen Bestenehrung am 5. Dezember an der „[Europäischen Woche der Berufsbildung](#)“ teilnehmen. Die Europäische Kommission hatte eine solche Europäische Berufsbildungswoche in ihrer Kompetenzagenda angestoßen, um damit für die Attraktivität und den Stellenwert der beruflichen Bildung in Europa zu werben. Die Woche findet vom 5. bis 9. Dezember 2016 statt.

Die Bestenehrung des DIHK ist eine politisch hochrangig besetzte Veranstaltung, bei der die 200 besten Absolventen einer dualen Ausbil-

derung des aktuellen Jahrgangs von DIHK-Präsident Eric Schweitzer und Bundesministerin Manuela Schwesig geehrt werden. Auch die Industrie- und Handelskammern werden sich auf regionaler Ebene mit verschiedenen Aktionen beteiligen, die auch zusammen mit ihren Europa-abgeordneten durchgeführt werden.

In Brüssel finden in der Europäischen Berufsbildungswoche mehrere Konferenzen, Workshops und viele mehr auch mit europäischer Kammerbeteiligung statt. Gemäß dem Leitfaden sind thematisch und methodisch keinerlei Grenzen für Aktionen und Projekte gesetzt. Unternehmen und Kammern sind als relevante Berufsbildungsakteure ausdrücklich zur Mitwirkung aufgefordert.

## ■ **Geschäftsklima-Umfrage 2016 der Deutschen Handelskammer in China**

### **Wirtschaft**

(AHK) Am 9.12.2016, 10:00-11:30 Uhr präsentieren die Delegierten der Deutschen Wirtschaft in Peking und Shanghai, Alexandra Voss und Simone Pohl, die Ergebnisse der Geschäftsklima-Umfrage 2016 der Deutschen Handelskammer in China. Für Interessierte, die eine Teilnahme im DIHK in Berlin nicht einrichten können, gibt es nach Rücksprache die Möglichkeit einer Zuschaltung per Videokonferenz. Anmeldeabschluss ist der 5.12.2016. Bei Fragen und Interesse kontaktieren Sie [philipps.vera@dihk.de](mailto:philipps.vera@dihk.de)

### **Publikationen**

## ■ **Deutsche Handelskammer in China veröffentlicht diesjährigen Arbeitsmarkt- und Gehaltsreport**

### **Gehaltsstudie China**

(AHK) Deutsche Unternehmen in China erwarten 2017 einen Gehaltszuwachs von 6,23 Prozent für ihre Beschäftigten in China. Dies ergibt der diesjährige Gehaltsreport der Deutschen Handelskammer in China der im Oktober vorgestellt wurde. Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Erwartungen damit um 0,87 Prozentpunkte niedriger. Mehr Informationen zur Publikation und den Download einer verkürzten Version des Reports auf Englisch finden sie [hier](#):

## ■ **ZIM Kooperationsprojekte - Internationale Ausschreibung mit Vietnam**

### **FuE-Projekte**

(DIHK) Die AiF Projekt GmbH konnte im Rahmen der ZIM Kooperations-

projekte (BMW) eine weitere Internationale Ausschreibung für gemeinsame FuE-Projekte kleiner und mittlerer Unternehmen veröffentlichen - diesmal mit Vietnam. Es ist die 3. Ausschreibungsrunde. Antragsannahme ist bis zum 15.02.2017.

Weitere Informationen und Dokumente dazu finden [hier](#):